Nr. 51

DAS ROTE TUCH

8. März 2013
Preis: 0,50 €

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Das Wahlversprechen von CDU und SPD: Niedriglöhne per Gesetz

Man merkt, es ist kurz vor der Wahl: Alle Parteien versuchen verzweifelt etwas aus dem Hut zu zaubern, um der arbeitenden Bevölkerung zu zeigen: ‚Seht, wir tun auch was für euch.' Und da ist allen vier großen Parteien dasselbe eingefallen: der Mindestlohn.

Tatsächlich sind die niedrigen Löhne ein Thema, das vielen von uns unter den Nägeln brennt. Denn es ist wirklich empörend, dass mittlerweile viele Menschen trotz Vollzeitjob Schwierigkeiten haben, die Miete zu bezahlen. Dass große Konzerne wie EON, Thyssen, Daimler oder Ikea Arbeiter über Leih- und Subfirmen beschäftigen, die ihre Niedriglöhne mit HartzIV aufstocken müssen. Dass sich also Daimler oder Ikea trotz Milliardenprofiten einen Teil ihrer Löhne vom Staat bezahlen lassen.

Doch selbst im Wahlkampf schafft es keine der großen Parteien zu verleugnen, wie sehr sie alle auf der Seite dieser Unternehmer stehen: Keine nämlich schlägt einen Mindestlohn vor, der dieser Ausbeutung zu Niedriglöhnen ein Ende setzen würde. Im Gegenteil, alle ihre Vorschläge machen nichts anderes, als die Niedriglöhne in eine hübschere Verkleidung zu stecken und ihnen das Etikett „Mindestlohn" draufzukleben.

Bei CDU und FDP sitzt die Verkleidung so schlecht, dass der Betrug offensichtlich ist. Nach ihren Plänen nämlich soll der „Mindestlohn" in jeder Branche anders sein und auch weiterhin Mini-Tariflöhne von 5 Euro die Stunde zulassen.
Die SPD spricht zumindest von einem einheitlichen Mindestlohn für alle – allerdings von nur 8,50 Euro die Stunde. Auch sie schlägt damit einen „Mindestlohn" vor, bei dem viele Familien selbst mit einem Vollzeitjob weiterhin HartzIV beantragen müssten.

Ob Mindestlohn nach CDU- oder SPD-Rezept: Beide kochen ein Süppchen, dass einzig den Unternehmern schmeckt und sie regelrecht dazu einlädt, den Arbeitenden „Mindestlöhne" zu zahlen… von denen man nicht leben kann.

Und die Hauptursache für die wachsende Armut tasten ihre Mindest-*Stunden*löhne gar nicht an: Nämlich dass viele nur Minijobs, Teilzeit und stundenweise Leiharbeit bekommen. Und was nutzt diesen Millionen Teilzeitarbeitern 8,50 Euro Stundenlohn, wenn sie im Monat trotzdem nur ein paar hundert Euro verdienen? Unsere Miete können wir ja auch nicht stundenweise bezahlen.

Wir Arbeitende haben keine Aktien oder Bankkonten in der Schweiz. Für uns ist der Lohn unsere einzige Möglichkeit, unseren Lebensunterhalt zu bestreiten. Und deshalb brauchen wir auch einen Lohn, von dem wir jeden Monat leben können. Ein Mindestlohn, der diesen Namen verdient, muss daher die Unternehmen zwingen, allen Arbeitenden einen *Monats*lohn zu zahlen, von denen sie Essen, Miete, Kleidung, Sprit, Freizeit bezahlen und auch ab und zu in den Urlaub fahren können.

Doch solche ernsthaften Verbesserungen für uns, die zwangsläufig den grenzenlosen Profit-Träumen der Unternehmer zuwider laufen, würden die künftigen Regierungsparteien nicht einmal im heißesten Wahlkampf versprechen – es sei denn, wir zwingen sie dazu.

„Hände weg von unserem Urlaub"

250 Arbeitende vom Essener Uniklinikum – Krankentransporter, Laboranten, Handwerker, Azubis – sind am 6. März zum Düsseldorfer Landtag gefahren, um mit tausenden anderen Landesbeschäftigten aus NRW gemeinsam gegen den Klau ihrer Urlaubstage zu protestieren.

Bis letztes Jahr war es noch so, dass Jüngere 26 Urlaubstage hatten und Ältere 30 Tage. Dann allerdings hatte das Gericht entschieden, dass alle gleich viel Urlaub bekommen müssen und hat 30 Urlaubstage für alle angeordnet. Alle Arbeitenden hatten sich gefreut: Schließlich passiert es selten genug, dass die Bedingungen der Arbeiter mal nach oben, also zu ihren Gunsten angeglichen werden.
Doch das konnten die Arbeitgeber nicht ertragen. Sie wollen immer eine Gleichheit nach unten: eine Gleichheit, bei der sie uns Arbeiter alle gleich schlecht behandeln – und nicht gleich gut. Prompt versuchten die Arbeitgeber, WENIGER Urlaubstage für ALLE Arbeitende durchzusetzen.

Dass sie bei all dem Stress und alltäglichen Wahnsinn im Krankenhaus nun auch noch weniger Urlaub akzeptieren



sollen, das sehen viele Arbeitende nun wirklich nicht ein. Und angesichts der strahlenden Sonne und der warmen Temperaturen auf den Rheinwiesen vor dem Landtag scherzten sie: „Wenn die Arbeitgeber uns wirklich Urlaubstage klauen, dann müssen wir in Zukunft halt häufiger streiken… und so die Tage gemeinsam in der Sonne verbringen."

Italien:

Ein Ausdruck der Verlorenheit angesichts von Krise und Sparplänen

Viele hier fragen sich, wie Berlusconi bei den Wahlen in Italien wieder so viele Stimmen bekommen konnte. Schließlich hatte er sich erst vor einem Jahr mit all seinen widerlichen Skandalen vollkommen lächerlich und unglaubwürdig gemacht. Viele konnten ihn nicht mehr sehen, und er musste zurücktreten. Doch das heutige Wahlergebnis ist gar nicht so unverständlich. Es macht einfach deutlich, wie verloren und verzweifelt viele Menschen angesichts der Krise und der Sparpläne sind, die von allen großen Parteien auf sie einprasseln.

Denn was durften sie nach Berlusconis Rücktritt erleben? Eine Art Große Koalition, mit Mario Monti an der Spitze. Diese Regierung, die sowohl von der sozialdemokratischen Partei von Bersani als auch von Berlusconis Partei PDL unterstützt wurde, hatte nur ein erklärtes Ziel: die „Finanzmärkte", das heißt die Banken und Spekulanten zu beruhigen.

Diese Kapitalisten aber sind immer nur dann beruhigt, wenn sie noch mehr Geld bekommen und dafür die arbeitende Bevölkerung noch mehr auspresst wird. Und genau das hat die Regierung Monti mit Unterstützung beider großer Parteien gemacht. Innerhalb eines Jahres haben sie das Rentenalter erhöht, den Kündigungsschutz demoliert, in allen öffentlichen und sozialen Diensten drastisch gespart und eine ganze Serie an neuen Steuern eingeführt.

Die sozialdemokratische Partei hat diese Regierungspolitik, die in kürzester Zeit hunderttausende in die Arbeitslosigkeit und Armut getrieben hat, bis zum Schluss unterstützt. Damit hat sie Berlusconi regelrecht Auftrieb gegeben. Der hatte nämlich weniger Skrupel. Er hat sich als geschickter Demagoge rechtzeitig von der Regierung Monti distanziert und hat die Abschaffung einer der unbeliebtesten Steuern versprochen, die Montis Regierung (damals mit Unterstützung von Berlusconis Partei) eingeführt hatte.
All das ist auch der Grund für den großen Wahlerfolg des früheren Komikers Beppe Grillo, der 25% der Stimmen bekommen hat.



Arbeiter protestieren gegen Massenentlassungen und Lohnkürzungen, die Fiat mit Unterstützung der italienischen Regierung durchsetzt.

Er hatte in seinem Wahlkampf die ganze Heuchelei und Korruption der großen Parteien aufs Korn genommen und damit offensichtlich das ausgedrückt, was viele empfinden: eine Abscheu und ohnmächtige Wut über all diese Politiker, die sich selber bereichern, aber die große Mehrheit der Bevölkerung immer weiter in die Armut drücken. Es ist ein Gefühl, was wir hier nur zu gut kennen.

Doch indem ein Beppe Grillo ausschließlich über die unfähigen und korrupten Politiker redet, die an allem schuld seien und die man alle austauschen müsse, lenkt er von den Hauptverantwortlichen der Krise ab: den Kapitalisten, den Banken und ihrem ganzen Finanzsystem.
Damit verschleiert er die einzige wirkliche Perspektive für die Arbeitenden. Denn die liegt nicht darin, auf einen „besseren" Politiker zu hoffen, der alles in Ordnung bringt. Nein, gegen die Entlassungen, Lohnkürzungen und Sparpläne, gegen die Politik der Konzerne und ihrer gut bezahlten Handlanger in der Regierung kann die arbeitende Bevölkerung nur selber den Kampf aufnehmen.

Lebensmittel: Der gefährliche Betrug der Firmen hat System

Noch immer tauchen fast jeden Tag neue Lebensmittel mit Pferdefleisch auf, neue falsche „Bio"-Eier, neues verschimmeltes Tierfutter… Die vielen Fälle in wenigen Wochen machen vor allem eins deutlich: Der gesundheitsgefährdende Betrug bei unseren Lebensmitteln ist kein Zufall. Er hat System, und zwar egal, ob es sich um billige oder teure, um normale oder Bio-Lebensmittel handelt. Alle großen Lebensmittelfirmen setzen wissentlich unsere Gesundheit aufs Spiel, nur um so ihre Profite zu erhöhen. Und das können sie problemlos tun, weil sie fast gar nicht kontrolliert werden.
Die Arbeiter bekommen am besten mit, was in ihrem Unternehmen passiert. Sie müssen das Recht haben, alle Lügen und Gefahren, alle Entscheidungen in ihren Firmen öffentlich zu machen, ohne dafür ihren Arbeitsplatz zu gefährden. Nur so können viele Augen und Ohren gemeinsam der systematischen, kriminellen Profitgier eine wirksame, systematische Kontrolle entgegensetzen – nicht nur in der Lebensmittelbranche.

Von einem gefährlichen Futter zum nächsten

Mitten in den derzeitigen Lebensmittelskandalen hat die EU erlaubt, dass wieder Tiermehl an Tiere verfüttert wird. Dieses Tiermehl (hergestellt aus Schlachthof-Abfällen) war die Ursache für die Ausbreitung des Rinderwahnsinns (BSE), wegen dem 190.000 Rinder notgeschlachtet werden mussten und 200 Menschen an Kreuzfeld-Jakob erkrankten. Deshalb war die Verfütterung von Tiermehl 2001 komplett verboten worden.
Und nun will die EU dieses Tiermehl doch wieder erlauben: Angeblich bestünde heute kein Risiko mehr, weil die Lebensmittelkontrollen heute so viel besser geworden wären. Das erzählen sie uns ernsthaft, während gleichzeitig täglich neue Schimmelpilze in Milch und Pferdefleisch in Lasagne auftauchen.
Die Wahrheit ist, dass Tiermehl für die Lebensmittelindustrie so profitabel ist, dass sie nicht darauf verzichten wollen, trotz aller Gefahren. Und so bereiten die Politiker, die dieser Profitgier der Konzerne nachgeben, mitten im heutigen Lebensmittelskandal schon den nächsten vor.

Der Fisch stinkt immer vom Kopf her

Viele Menschen waren schockiert zu hören, dass Amazon einen rechtsradikalen Wachdienst engagiert hatte, um ihre tausenden Saisonarbeiter aus Süd- und Osteuropa zu bewachen. Die Saisonarbeiter, die für Niedriglöhne arbeiten und in Ferienbungalows zusammengepfercht hausen mussten, wurden zur Arbeit eskortiert und überwacht. Regelmäßig durchsuchten die Rechtsradikalen die Bungalows und auch die Arbeiter selber, damit diese ja nicht auf die Idee kämen, auch nur ein Stück Bindfaden von Amazon einzustecken. Und um sie alle so einzuschüchtern, dass sich niemand beschwert oder widerspricht.

Skrupellos nutzte Amazon hierfür aus, dass Arbeitslosigkeit und Armut viele Arbeiter dazu treiben, in ihrer Verzweiflung jeden Job anzunehmen. Die Existenzangst, die in Ländern wie Spanien oder Rumänien noch größer ist als hier, verleiht den Unternehmern eine fast diktatorische Macht über die Arbeiter, mit der sie ihnen immer schlechtere und menschenunwürdige Bedingungen aufzwingen können.
Und es ist kein Zufall, dass Amazon dabei in den Rechtsradikalen willige Helfer gefunden hat. Es passt zu deren ganzer Ideologie, Schwächere und insbesondere ausländische Arbeiter im Interesse der Herrschenden zu terrorisieren und sie in Angst und Unterdrückung zu halten.

Für uns Arbeitende ist es im Gegenteil lebensnotwendig, dass deutsche und ausländische Arbeitende zusammenhalten. Denn letztlich sitzen wir Arbeitenden alle im gleichen Boot: Wenn es den Unternehmen gelingt, bei einem Teil von uns solche schlechten Arbeitsbedingungen durchzusetzen, dann dauert es nicht lange, bis sie versuchen, diese Verschlechterungen auf alle Arbeiter auszuweiten.

Und man sieht ja, wie dreist die Unternehmen schon heute immer mehr Arbeiter zu überwachen versuchen: Sie machen Jagd auf Arbeiter, die mit einem Krankenschein zuhause sind, die 5 Minuten Pause machen und einen Kaffee trinken, oder die die Reste nehmen, die sonst auf dem Müll landen würden. Viele Unternehmer können außerdem mittlerweile jeden Arbeitsschritt per Computer überwachen. Und längst sind es nicht mehr nur Lidl und Aldi, die Überwachungskameras installieren, Taschen und Spinde der Arbeiter durchsuchen und ihnen sogar Detektive auf der Arbeit oder zuhause vorbeischicken.



Nicht nur bei Amazon und Lidl: Firmen, die ihre Arbeiter wie Kriminelle überwachen, sind keine Ausnahme mehr.

Die Kapitalisten tun glatt so, als wären alle Arbeitende potenzielle Verbrecher, die nichts anderes im Sinn hätten, als ihrer Firma alle Waren zu stehlen und sie um die Arbeitszeit zu betrügen. Und als müssten sie Angst haben, dass wir Arbeiter sie ausrauben und arm machen könnten!

Dabei ist es nun wirklich umgekehrt: Die Kapitalisten werden immer reicher, und zwar weil sie UNS bestehlen. Sie bestehlen die Arbeiter bei ihrem Lohn, indem sie sie für immer niedrigere Löhne und teilweise nur noch für 7 Euro die Stunde arbeiten lassen. Sie stehlen ihre Lebenszeit, indem sie sie immer häufiger nachts und am Wochenende arbeiten lassen. Sie stehlen ihre Gesundheit, indem sie die Arbeitshetze dermaßen steigern, dass viele schon mit Mitte dreißig unter chronischen Muskel- und Rückenkrankheiten leiden. Oder indem sie ohne Rücksicht auf mögliche Risiken giftige Stoffe oder vergammelte Lebensmittel verarbeiten.
Und wie oft rauben sie Arbeitenden und ihren Familien die Existenzgrundlage, stehlen ihnen den Arbeitsplatz, nur um an der Börse noch mehr Gewinn verkünden zu können?

Die Kapitalisten sind die wahren Kriminellen in dieser Gesellschaft. Oder besser gesagt, die gesamte Funktionsweise ihrer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist kriminell. Es ist eine Gesellschaftsordnung, die nur auf Profit ausgerichtet ist, ohne Rücksicht auf Verluste. Und in der eine kleine Minderheit an Kapitalisten das Recht und die Macht hat, wie Diktatoren über das Leben der arbeitenden Bevölkerung zu regieren, sie zu bestehlen, auszupressen und zu befehligen.
Allerdings ist bislang noch jede Diktatur eines Tages gestürzt worden.

Die Unternehmen sollen die Ausbildung bezahlen

Durchschnittlich 4.800 Euro müssen junge Leute schon heute für eine Ausbildung in der Apotheke bezahlen. Denn ihr Beruf, der pharmazeutisch technische Assistent (PTA) gehört zu der wachsenden Zahl an Berufen, in der die Azubis wieder wie im 19. Jahrhundert saftiges Lehrgeld zahlen müssen. Vor allem typische Frauenberufe sind davon betroffen. Nun aber droht den PTA-Azubis, dass sie ab nächstem Jahr zum Teil doppelt so viel für die Ausbildung bezahlen müssen, bis zu 10.000 Euro! Denn die Landesregierung hat als eine Maßnahme ihres neusten Sparplans beschlossen, ihre Zuschüsse für die PTA-Schulen zu streichen. Und die wollen sich das Geld bei den Azubis wiederholen.

Die Landesregierung sagt zwar, die Arbeitgeber – die Pharmakonzerne und die Apotheken – könnten ja stattdessen die Ausbildung ihres Nachwuchses bezahlen. Das stimmt. Schließlich ist es wirklich eine Schande, dass die Arbeitgeber, die anschließend jahrzehntelang von deren Arbeit profitieren, die Ausbildung von den Azubis und der Allgemeinheit bezahlen lassen.
Doch dafür müsste die Regierung die Unternehmen dann auch gesetzlich zwingen, die Ausbildung zu finanzieren und umgekehrt das Lehrgeld verbieten. Stattdessen spart sie einfach auf dem Rücken der Azubis, die kaum noch wissen, wie sie ihre Ausbildung bezahlen sollen und findet dafür noch schön klingende Ausreden.

Opel: Entlassungen und Lohnverzicht sind nicht „alternativlos“

Jetzt steht es fest: 700 Opel-Arbeiter (die komplette Nachtschicht) sollen nun schon diesen Sommer mit Abfindung entlassen werden, weitere 2000 Kollegen in den nächsten drei Jahren. Bleiben soll in Bochum nur ein Lager und eine Komponentenfertigung mit höchstens je 600 Arbeitern. Und dafür sollen alle Opel-Arbeiter in Deutschland noch auf mindestens 4% Lohn verzichten.

All dem hat die Führung der IG Metall und der Gesamtbetriebsrat von Opel Deutschland widerstandslos zugestimmt, nachdem General Motors gedroht hatte, Opel Bochum sonst schon zwei Jahre früher zu schließen.

Dabei hatten die Bochumer Arbeiter auf allen ihren Versammlungen immer wieder deutlich gemacht, dass sie von diesen Erpressungen von General Motors endgültig genug haben. Dass sie nicht bereit sind, erst auf Lohn zu verzichten und dann in die Arbeitslosigkeit geschickt zu werden. Doch die Führung der IG Metall hat sich einfach über ihre Köpfe und über den Bochumer Betriebsrat hinweggesetzt und hat erklärt, die Massenentlassungen und der Lohnverzicht wären „alternativlos“ und „notwendig für die Rettung von Opel“. Sie hilft damit den Bossen von GM, ihre widerlichen Erpressungen zu rechtfertigen und gegen die Arbeitenden durchzusetzen.



Solche wichtigen Entscheidungen aber, ob man die Angriffe der Unternehmer auf die Arbeitsplätze und Löhne akzeptiert oder ob und wie man sich dagegen wehren will, gehören einzig in die Hände der Arbeitenden vor Ort, in die Hände der Betroffenen. Schließlich müssen die auch die Folgen der Entscheidungen tragen.

Und man kann nur hoffen, dass die Arbeitenden in Bochum trotz allem die Kraft finden, sich diese Entscheidung nicht nehmen zu lassen. Denn selbstverständlich ist die Lage nicht alternativlos: GM ist einer der reichsten Konzerne der Welt und hat alle finanziellen Möglichkeiten, um Arbeitsplätze, Löhne und Renten der Arbeitenden zu erhalten.

„Spar-Löcher“ im Verkehr

Slalomfahren muss man mittlerweile auf einigen Essener Straßen – wenn man sein Fahrzeug nicht kaputt fahren will. Mehrere tausend Schlaglöcher gibt es, und über 7 cm Tiefe sind keine Seltenheit mehr. Der 180er Bus in Heisingen musste wegen der Schlaglöcher sogar eine andere Strecke fahren.

Das Problem: Seit Jahren wird nicht in Ansätzen auch nur das Notwendigste in die Instandhaltung der überalterten Straßen gesteckt. Meist wird nach dem Winter nur notdürftig geflickt, und viele kleinere Löcher bleiben. Dann aber kommt der nächste Winter und macht aus diesen kleinen Löchern und den Rissen im Flickwerk tiefe Krater.

Durch diese tiefen Löcher dringt die Feuchtigkeit obendrein in die unteren Straßenschichten und zerfrisst die Straßen quasi von innen. So führt gerade die Tatsache, dass sie sparen und deshalb die Straßen nicht sofort richtig reparieren dazu, dass die Reparaturen am Ende umso aufwändiger und teurer werden. Und damit beißt sich die Spar-Katze am Ende in den eigenen Schwanz.

Zwangspausen für die einen – keine Pausen für die anderen

Immer häufiger steht man an der Haltestelle wie bestellt und nicht abgeholt. Es kommt keine Straßenbahn – weil 20 von ihnen gleichzeitig kaputt in der Werkstatt stehen. Das ist das Ergebnis davon, dass seit Jahren bei der Neuanschaffung der Bahnen und auch bei der Instandhaltung gespart wird. Mit dem Erfolg, dass in Essen manche Linien zeitweilig nur noch im 40-Minuten-Takt fahren können und die Linien 105, 106 und 107 künftig in Stoßzeiten nur noch halb so oft fahren.

Und selbst wenn mal genug Bahnen da sind, gibt es oft nicht genug Fahrer. Denn auch hier wurde drastisch gespart: Jede 6. Bahnfahrer-Stelle wurde eingespart, obwohl ja nicht weniger Straßenbahnen fahren. Fällt ein Fahrer kurzfristig aus, gibt es keinerlei Reserve mehr, keinen Springer, der kurzfristig eingesetzt werden könnte. Schon jetzt hält die EVAG ihren Fahrplan nur damit, dass sie den Fahrern einen wesentlichen Teil ihrer Pausen stiehlt: Sie hat ihnen die Wendezeiten an den Endhaltestellen verkürzt, so dass die Fahrer bei Verspätungen oft sofort wieder losfahren müssen und gar keine Pause machen können.

Damit nicht die Fahrgäste, sondern die Fahrer die Pausen bekommen, wird es dringend Zeit, dass die EVAG mehr Bahnen holt – und vor allem mehr Kollegen für die Werkstatt und die Fahrerkabinen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0157 – 76493485